

## **Geschichte muß nicht trennen**

### **Die polnischen Reparationsforderungen sind närrisch – die Verantwortung aber liegt auf deutscher Seite**

**Thorsten Hinz**

Die 800-Milliarden-Euro-Forderung Polens an Deutschland als Reparation für seine Verluste im Zweiten Weltkrieg ist in der Sache närrisch, als ein außenpolitischer Schachzug Warschaus aber ernst zu nehmen. In der aufgemachten Rechnung spiegeln sich neben innenpolitischen Motiven der Regierungspartei PiS auch die historischen Belastungen in den deutsch-polnischen Beziehungen sowie die selbstverschuldete Erpreßbarkeit der Bundesrepublik wider.

Der polnische Außenminister Jacek Czaputowicz hat erklärt, sein Land sei in der Reparationsfrage vergleichsweise schlechter weggekommen als westeuropäische Länder. In der Tat. Wenn Griechenland heute 300 Milliarden Euro an Reparationen verlangt – die Summe, mit der es seine Rettungsschirme, Notkredite und Bürgschaften abdecken könnte, die durch seinen betrügerisch erreichten Beitritt zur Eurozone nötig wurden – und Stimmen in Deutschland meinen, das hätte schon seine Richtigkeit – ja, warum soll Polen dann nicht ebenfalls um eine entsprechend höhere Summe feilschen?

Es gibt alternative Berechnungen, welche die polnischen Kriegsverluste mit dem Zugewinn der deutschen Ostprovinzen abgleichen. Danach bliebe tatsächlich eine – allerdings wesentlich geringere – polnische Forderung übrig, die aber mit den deutschen Finanzhilfen, Kreditnachlässen, Entschädigungszahlungen, mit dem Unterhalt der polnischen Bürger, die nach Ausrufung des Kriegsrechts 1980 in die Bundesrepublik flohen, den EU-Zahlungen usw. verrechnet werden muß. Aber wozu das alles? Beide Seiten müssen akzeptieren, daß vollkommene Gerechtigkeit erst im Himmelreich zu finden ist.

Polen betont die besondere Grausamkeit der deutschen Besatzung und die Alleinschuld Hitlers am Krieg. Darauf läßt sich erwidern, daß auch die Vertreibung der Deutschen sich in grausamen Formen abspielte und die Politik der polnischen Zwischenkriegsrepublik nach außen auftrumpfend und nach innen rabiat gegenüber den nationalen Minderheiten war. Doch auch das ist nur die halbe Wahrheit: Denn woher soll eine Nation, die 120 Jahre unter den angrenzenden Großmächten dreigeteilt war, die von ihnen unwürdig behandelt wurde und sich plötzlich auf der Siegerseite wiederfindet, die innere Souveränität hernehmen, die zu moderater Politik befähigt? Golo Mann, der Melancholiker unter den deutschen Historikern, hatte schon 1957 mit Blick auf Deutsche und Polen gemeint, man täte gut daran, die Ereignisse und Entscheidungen jener Zeit „als eine Kette böser Aktionen und böser Reaktionen zu sehen“.

Wer heute dagegen im übriggebliebenen Breslauer Schloß die Ausstellung zur Stadtgeschichte besichtigt, ist erstaunt, wie respekt-, ja liebevoll die deutsche Vergangenheit ausgestellt wird. In der Stettiner Innenstadt entstand 2015 der vielbeachtete Neubau der Philharmonie genau an der Stelle, wo bereits vor 130 Jahren ein Konzerthaus eingeweiht worden war, das im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde. Bei der Eröffnung nannte der Oberbürgermeister den Standort ein Bekenntnis zur deutschen Vergangenheit der pommerschen Stadt. Die Geschichte muß also nicht mehr zwangsläufig trennen, sie kann auch verbinden.

Die Zeiten sind unwiderruflich vorbei, in denen ein europäisches Land sich gestärkt fühlen durfte, weil es seinen Nachbarn geschwächt hatte. Das ergibt sich aus den globalen Machtverschiebungen. Auch deshalb sind die polnischen Forderungen an Deutschland anachronistisch und falsch. Die Verantwortung für den Irrwitz liegt aber hauptsächlich auf deutscher Seite.

Nach 1989 hatten die osteuropäischen Länder ihre Blicke erwartungsvoll und ratsuchend nach Bonn beziehungsweise Berlin gerichtet. Und tatsächlich erwies die Bundesrepublik sich als der entscheidende Fürsprecher ihres EU-Beitritts. Hinter dem Engagement stand jedoch weniger eine politische Strategie für Europa als das Gefühl, eine historische Schuld wiedergutmachen zu müssen. Deshalb wurden die Benesch-Dekrete durchgewinkt und das geplante Zentrum gegen Vertreibungen bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Daraus sprachen kein staatsmännischer Weitblick und auch nicht die Großzügigkeit des sanften, selbstsicheren Hegemons, sondern der Minderwertigkeitskomplex und die Ich-Schwäche eines bekennenden „Tätervolks“, das reuevoll in einem supranationalen Gebilde verschwinden will.

Für die Führungsrolle in einer europäischen Realpolitik fiel die Bundesrepublik damit aus. Die Dialektik der deutschen Hypermoral aber – die Mischung aus Selbstverleugnung und Weltrettungsanspruch – schlägt auch auf ihre kurzfristigen Nutznießer in Europa zurück, die von der irrationalen Energie-, Sicherheits- und vor allem Migrationspolitik der Bundesrepublik in Mitleidenschaft gezogen werden. Auf die Weigerung insbesondere Polens und Ungarns, sich der moslemischen Zuwanderung und den globalistischen Verheißungen zu öffnen, reagiert Berlin mit lautstarkem „moralischem Imperialismus“ (Viktor Orbán ) und indem es EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen sie forciert. Vor diesem Hintergrund sind die polnischen Reparationsforderungen ein außenpolitisch motivierter Gegenschlag, der bewußt auf die hypermoralische Empfindlichkeit der verwirrten Nachbarn zielt.

Der aber ist gar nicht mehr fähig, seinen Zustand zu begreifen und sich aus ihm zu befreien. Im Gegenteil, er setzt dem Wahnsinn eine noch prächtigere Krone auf. Bereits 200 Bundestagsabgeordnete unterstützen das Projekt eines „Polendenkmals in der Mitte Berlins zum Gedenken an die Opfer der deutschen Besatzung 1939–1945“. Der Konnex aus quasireligiöser Schuldgriffenheit, Hypermoral und politischer Irrationalität erhalte eine neue Weihestätte. Den Schaden davon werden Deutsche, Polen und die anderen Europäer gemeinsam haben.

**Vor den Landtagswahlen**

## **Kulturkampf ist zu anstrengend**

**Dieter Stein**

Nervös blickt die Führung in den Parteizentralen von CDU und SPD nach Sachsen und Brandenburg, wo am kommenden Sonntag gewählt wird. Schwere Einbußen sind in die Planung längst eingepreist. Am Wahlabend werden deshalb einige schon wieder aufmunternd von „Konsolidierung“ und „Erreichen der Talsohle“ reden. Der besondere Thrill liegt darin, ob es der AfD tatsächlich gelingt, in einem der Länder sogar stärkste Partei zu werden. Auch das wird man am Sonntag abend versuchen, als kuriose „Ostphänomen“ wegzumoderieren.

Warum nur hat die CDU-Spitze prinzipiell kein Interesse daran, bürgerliche Mehrheiten unter Einschluß der dämonisierten AfD zu aktivieren, fragen sich viele Normalbürger. Es wäre doch naheliegend, oder? Diese Frage stellten sich auch 350 Teilnehmer der inspirierenden „4. Vollversammlung der wahren Schwarmintelligenz“, die der umtriebige Publizist und konservative CDU-Mann Klaus Kelle am vergangenen Wochenende mitten in Berlin veranstaltete. Bemerkenswert war dieses Treffen, weil hier munter Mitglieder von CDU und CSU mit Parteigängern von FDP und AfD stritten.

Dabei hielten CDU-Anhänger AfD-Leuten vor, sich mit Figuren wie Höcke zu disqualifizieren, während AfD-Fans CDU-Mitgliedern vorwarfen, mit Merkel an der Spitze könnten sie ja wohl einpacken und seien nicht ernstzunehmen. So wogte die Debatte in den Tagungspausen hin und her.

Doch warum wirft sich die CDU nun in die Arme der Grünen, die immer wieder offen mit Linksextremisten kooperieren? Warum lotet die Union nicht längst Möglichkeiten schwarz-blauer Koalitionen aus? In Sachsen werden CDU und AfD voraussichtlich knapp 60 Prozent der Stimmen erhalten.

Der Grund ist: Die CDU handelt – wenn man mal programmatische Grundsätze und Ideale beiseite läßt – vernünftig. Eine Koalition mit den Grünen ist eine geräuschlose Sache. Die Kommentatoren bei ARD, ZDF, die Vertreter „gesellschaftlich relevanter Gruppen“ von Gewerkschaften bis Arbeitgeberverbänden werden aus dem Häuschen sein. Man wird die CDU für ihren „Mut“ und ihre „Modernität“ feiern.

Schmiedete die CDU jedoch Bündnisse gegen Rot-Grün, unter Einschluß der AfD, dann bedeutet das: Kulturkampf. Man muß dann bereit, willens und in der Lage sein, zu begründen, warum der gesellschaftliche Umbau, den die Grünen betreiben, falsch ist. Warum ein Staat zu sein bedeutet, die Grenzen zu sichern und illegale Migration zu unterbinden, warum Gender Mainstreaming auf die systematische Zerstörung der Familie abzielt, warum die Energiewende Wahnsinn ist. Doch das wäre sehr anstrengend. Man hätte die Mehrheit der Medien, Kirchen, Lobbygruppen gegen sich. Zu diesem Kulturkampf fehlt der CDU die Kraft. Dies wird sich erst durch weitere schwere Wahlniederlagen ändern.

# Studentischer Psychoterror

## Kampagne: An der Berliner Humboldt-Uni wird ein Zentrum für Diktaturforschung verhindert

Thorsten Hinz

Den Traum vom Interdisziplinären Zentrum für Diktaturforschung muß der Osteuropa-Historiker Jörg Baberowski bis auf weiteres begraben. Der Akademische Senat der Berliner Humboldt-Universität hat das Projekt gekippt, wobei die vier Stimmen der Studentenvertreter laut Pressemeldungen den Ausschlag gaben. Baberowski wollte gemeinsam mit acht Historikern und fünf Juristen das Wie und Warum der Entstehung von Diktaturen in Europa, Lateinamerika und China erforschen.

Das Nein des Senats war keine Überraschung, nachdem er im Juni die Entscheidung überraschend verschoben hatte. Vorausgegangen waren Indiskretionen, die das Projekt in Zweifel zogen, und die Kampagne gegen die Person Baberowskis, der bereits seit Jahren von der trotzkistischen Splittergruppe „International Youth and Students for Social Equality“ (IYSSE) verfolgt wird. Die Angriffe richten sich sowohl gegen seine politische Haltung – Baberowski ist ein scharfer Kritiker von Merkels Grenzöffnung – als auch seine wissenschaftliche Arbeit.

Die IYSSE rühmte sich, mit Hunderten Flugblättern und Plakaten den Protest gegen das Projekt mobilisiert zu haben. Der Allgemeine Studierendenausschuß (AStA) informierte die Presse über die Abstimmung, verwies auf die Kritik und verbreitete: „Prof. Baberowski soll ein Institut erhalten, das die Verharmlosung des Nationalsozialismus forciert.“

Ein Parterre-Niveau! Der Deutschlandfunk zitierte die Soziologiestudentin und Studenten-Funktionärin Bafta Sarbo, Tochter ostafrikanischer Flüchtlinge, die der Kommission für Frauenförderung angehört: Baberowski sei durch Aussagen aufgefallen, „die wir als flüchtlingsfeindlich bezeichnen würden. Und in diesem Zusammenhang sehen wir einfach nicht, daß ein Institut, das von Herrn Baberowski maßgeblich politisch gestaltet wird, vereinbar ist mit den Prinzipien, die diese Universität für sich formuliert hat, also Antidiskriminierung und Diversität.“

Eine Nachfolgerin Hannah Arendts, Arnold Gehlens oder Max Webers und eine Vertreterin des Humboldtschen Bildungsideals kündigt sich hier gewiß nicht an. Wie auf der Internet-Präsentation des Gorki-Theaters, der multikulturellen Spielstätte im Zentrum Berlins, zu lesen ist, arbeitet Sarbo „zum Verhältnis von Marxismus und Antirassismus. Sie ist politisch unter anderem aktiv im Vorstand der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland und arbeitet dort zu Racial Profiling, Migrationspolitik und Rassismen in Deutschland.“

In dasselbe Horn stieß AStA-Funktionär João Fidalgo. Baberowski würde „schon lange streitbare Positionen zum Stalinismus, Nationalsozialismus und zum Zweiten Weltkrieg (verbreiten). Er scheint die Wurzel allen Übels in der russischen Revolution

zu verorten und das kann zu teils relativistischen Ansätzen führen, die sich vor allem durch Antikommunismus auszeichnen.“ Der Urheber dieses kryptokommunistischen Wirrwarrs studiert übrigens Philosophie auf Master. Die Indiskretionen, die Baberowkis Projekt sabotieren sollten, kommentierte er zynisch: „(...) der soll halt damit klar kommen, wenn er schon so groß rumtönt, welch widerständiger Wolf der ist“.

Die Linkssektierer sind keine isolierte Gruppe. Sie sind hervorragend vernetzt und verfügen über einflußreiche Unterstützer und Sympathisanten. 2017 war in zweiter Instanz ein Gerichtsurteil ergangen, wonach der Bremer AStA wieder behaupten darf, Baberowski „verbreite erschreckend brutale gewaltverherrlichende Thesen, verharmlose das Anzünden und Belagern von Flüchtlingsunterkünften als natürliche Reaktion verärgelter Bürger, begegne Menschen mit blankem Haß, stehe für Rassismus und vertrete rechtsradikale Positionen. Die Frankfurter Rundschau triumphierte damals: „Bremer AStA besiegt Talkshow-Professor“.

Im Tagesspiegel, der größten Berliner Tageszeitung, durfte der Historiker Wolfgang Benz sich seiner Lieblingsbeschäftigung als politischer Kammerjäger betätigen und schlug in einem langen Artikel den Bogen von Baberowski über Treitschke („Die Juden sind unser Unglück“) zum Stürmer-Herausgeber Julius Streicher und stichelte: „Die Humboldt-Universität wird also mit einem Hochschullehrer umgehen müssen, den man rechtsradikal nennen darf (...).“

Benz wiederum berief sich auf den SPD-nahen Bremer Rechtsprofessor Andreas Fischer-Lescano, der in der Frankfurter Rundschau die von Baberowski angestregte Unterlassungsklage gegen den Bremer AStA „die Selbstinszenierung eines Rechten“ genannt hatte. Er warf dem Historiker neben der „revisionistischen und nationalistischen Rede“ die Rehabilitierung des Historikers Ernst Nolte vor. Er spräche dem „Holocaust die Singularität“ ab und wolle „die freie Rede über Rechtsradikalismus verbieten“. Er forderte die Humboldt-Uni auf, sich „zu der Perfidie dieses Vorgehens“ zu erklären.

Das Verfahren ist bekannt unter dem Titel: „Haltet den Dieb, er hat mein Messer im Rücken!“ Der Begriff „rechtsradikal“ ist keine valide Kategorie, sondern durch eine gezielte ideologisch-pejorative Aufladung – „Framing“ – zum Suggestiv- und Kampfbegriff geworden, der den so Bezeichneten ganz knapp oberhalb von Kinderschändern einordnet.

Indirekt räumten die Artikel von Benz und Fischer-Lescano ein, daß ein Zusammenhang zwischen Merkels Politik der offenen Grenzen und der bundesdeutschen Geschichtspolitik besteht, die die Schuldtranszendenz als Staatsidee implementiert. Da Baberowski beides kritisiert beziehungsweise in Frage stellt, muß ihm nun der Zuwachs an Renommee und Einfluß verwehrt werden, den die Leitung eines neuen Forschungszentrums mit sich brächte.

Baberowski wird heute, wie Mariam Lau vor zwei Jahren in der Zeit schrieb, von den Dämonen seiner Vergangenheit eingeholt. Er war selber Mitglied des Kommunistischen Bundes gewesen und hatte den Psychoterror und Unterwerfungszwang dieser Sektierergruppe selber durchexerziert. Diese Erfahrung mag heute seine außergewöhnliche Widerständigkeit gegenüber dem ausgeübten Psychoterror erklären.

Nicht jeder verfügt über diese Stärke. Der Soziologe Wolfgang Engler schrieb aus eigenem Erleben über die Geisteswissenschaften an DDR-Universitäten, daß der „(einstige) Hort der Kritik“ dort „an dumpfem Gemeinsinn“ erstickt sei; „klassisch-bürgerliche Disziplinen wie Jura und Philosophie wurden (...) systematisch entbürgerlicht und 'proletarisiert'“. Die Professoren, anstatt ihren Mitarbeitern und Studenten ein Beispiel für unabhängiges Denken zu geben, hätten ihnen „geistige Unterwerfung und soziale Anpassung“ vorgelebt.

Der Anpassungszwang im universitären Bereich ist heute ein systemübergreifendes und nicht auf die Bundesrepublik beschränktes Phänomen, wobei bemerkenswert ist, daß der Zwang weniger aus der Institution als der Studentenschaft kommt, auch wenn es nur eine Minderheit ist, die ihn ausübt. Karl Jaspers und José Ortega y Gasset bezeichneten 1930 das „existentielle Plebejertum“ beziehungsweise die Herrschaft des „geistigen Plebs“ als ein neuartiges Phänomen der Massengesellschaft. Das Volk, so Ortega y Gasset, hätte früher Glaubenslehren, Überlieferungen, Sprichwörter gehabt, sich jedoch niemals eingebildet, „Ideen“ und „theoretische Einsichten“ über die Welt zu besitzen. Es gab ein gesundes Gefühl der eigenen Begrenztheit, die Ehrfurcht vor Maßstäben, Grundregeln der Erkenntnis, vor Hierarchien und geistiger Autorität. Wo dies alles fehle, herrsche statt der Kultur die Barbarei, in der Gedanken nicht mehr begründet, sondern durchgesetzt würden. In Wahrheit handele es sich „nur (um) Triebe in logischer Verkleidung“. Neben dem Faschismus und Kommunismus bietet ihnen auch die Massendemokratie ein weites Betätigungsfeld.

Würde man den Zustand zu verändern versuchen, indem man dem Zugang zur Hochschule eine Befähigungsprüfung vorschaltet, würde der demokratische Mehrheitswille sein Veto einlegen. Denn der Bildungs- und soziale Aufstieg ist für ihn ein Recht, das nötigenfalls auch durch die Nivellierung der Maßstäbe durchgesetzt werden muß.

Heute werden an den geisteswissenschaftlichen Fakultäten Heerscharen an Soziologen, Psychologen, Historikern und Allerweltsexperten „zu 'Intellektuellen' ausgebildet“, aus denen sich ein „Intelligenzproletariat“ rekrutiert: Formal Hochgebildete, in Wahrheit höchstens Mittelmäßige, die am Tropf von Förderprogrammen hängen oder arbeitslos werden und einen aggressiven Groll auf die Gesellschaft hegen, wie der Bevölkerungswissenschaftler Volkmar Weiss in dem Buch „Die Intelligenz und ihre Feinde“ schreibt. Zu wertschöpfender Tätigkeit außerstande, stürzen sie sich auf die Vergangenheitsbewältigung, den Kampf gegen

Rechts, gegen Rassismus, für Diversität, Migration und gegen Sexismus und Diskriminierung. „Sie sind fester Bestandteil des Regulationskreislaufs, des Umschaltens der Evolution auf negative Selektion, der die demokratischen Systeme der Industriestaaten in den Niedergang treibt“ (V. Weiss).

Die Studentenvertreter bilden darin eine intelligenzproletarische Aristokratie. Zwar vertreten sie nur die acht Prozent der Studenten, die sich an den AStA-Wahlen überhaupt beteiligt haben, doch Minderheiten sind in der Lage, Mehrheiten zu dominieren, wenn sie nur radikal, geschickt und entschlossen genug vorgehen.

## **Nach Ost-Berlin entführt**

**Gehaßt und verfolgt von den Kommunisten: Karl Wilhelm Fricke zum 90.**

**Geburtstag**

**Jörg Bernhard Bilke**

Es gab immer zwei Möglichkeiten, auf politische Verfolgung im SED-Staat zu reagieren. Die eine Gruppe von Häftlingen strich die verlorene Zeit aus ihrem Leben und knüpfte dort wieder an, wo dieses Leben durch die Verhaftung unterbrochen worden war; die andere Gruppe verarbeitete das Erlebte produktiv und klärte die Westdeutschen über einen Staat auf, in dem es bis zum Mauerfall 1989 nie freie Wahlen gegeben hatte. Zur zweiten Gruppe gehörte der Kölner Journalist Karl Wilhelm Fricke, der nach seiner Entlassung 1959 aus der Sonderhaftanstalt Bautzen einer der führenden DDR-Forscher wurde. Am 3. September feiert er seinen 90. Geburtstag.

Prägend für sein Journalistenleben wurde das, was seinem Vater Karl Oskar Fricke 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone widerfahren ist. Er wurde von den Russen verhaftet und 1950 bei den berüchtigten „Waldheimer Prozessen“ zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, zwei Jahre später starb er im Zuchthaus Waldheim. Sein Sohn, geboren in Hoym, einer im Harzvorland gelegenen Kleinstadt, wurde am 22. Februar 1949 wegen einer SED-kritischen Bemerkung selbst verhaftet, konnte aber, wegen einer Unachtsamkeit der „Volkspolizei“, während der Verhörs fliehen und über die innerdeutsche Grenze entkommen.

### **Er wurde zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt**

Mit einem Stipendium studierte der DDR-Flüchtling bis 1953 an der „Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft“ in Wilhelmshaven, weit weg von der innerdeutschen Grenze. Dann freilich zog es ihn nach WestBerlin an die 1948 gegründete „Freie Universität“, an der auch zahlreiche DDR-Studenten aus Ost-Berlin und dem Berliner Umland studierten.

Zugleich aber wimmelte es in der „Frontstadt“ West-Berlin von DDR-Agenten, die im Auftrag des 1950 gegründeten Ministeriums für Staatssicherheit unterwegs waren. Das wurde Karl Wilhelm Fricke zum Verhängnis. Er war durch seine Beiträge in Presse

und Rundfunk über die Verfolgung Oppositioneller im SED-Staat, besonders nach dem niedergeschlagenen Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953, zu einem gefährlichen Gegner geworden, der ausgeschaltet werden mußte.

Am 1. April 1955 wurde er in Berlin-Schöneberg in die konspirative Wohnung des Stasi-Agenten Kurt Rittwagen gelockt, dort betäubt und nach Ost-Berlin entführt. Stunden später wachte er mit fürchterlichen Kopfschmerzen im Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen auf. Der Haftbefehl war von Erich Mielke, damals noch stellvertretender Minister für Staatssicherheit, unterzeichnet worden.

Danach folgten 467 Tage ununterbrochener Verhöre. Karl Wilhelm Fricke, der aus West-Berlin verschleppte Student, verbrachte diese schreckliche Zeit in Dunkelhaft im Keller des Gefängnisses, das von den Gefangenen „U-Boot“ genannt wurde. Am 11. Juni 1956 schließlich wurde er vom Obersten Gericht der DDR in einem Geheimprozeß zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, die er zunächst in Brandenburg-Görden, später in Bautzen II verbrachte.

Hier in der sächsischen Stadt Bautzen/Oberlausitz gab es zwei Zuchthäuser, das eine, im Volksmund „Das gelbe Elend“ genannt, für gewöhnliche Gefangene wie den jungen Walter Kempowski (1929–2007), der später ein berühmter Schriftsteller werden sollte, und das andere für prominente Gefangene wie den DDR-Außenminister 1949/53 Georg Dertinger, den Widerstandskämpfer Heinz Brandt, der 1958 aus Ost-Berlin geflohen war und 1961 aus West-Berlin entführt wurde, den Philosophieprofessor Wolfgang Harich, den Verlagsleiter Walter Janka, den Redakteur Gustav Just, den Schriftsteller Erich Loest und den Dissidenten Rudolf Bahro.

Nach seiner Entlassung am 31. März 1959 ging Karl Wilhelm Fricke nach Hamburg, wo er, stark motiviert durch seine DDR-Erfahrungen, weiterhin über die DDR-Opposition schrieb, sein erstes Buch trug den Titel „Selbstbehauptung und Widerstand in der Sowjetischen Besatzungszone“ (1964).

Als er 1970 Leiter der „Ost-West-Redaktion“ im Kölner „Deutschlandfunk“ wurde, war er finanziell abgesichert und veröffentlichte nun Buch um Buch. Eines hieß „Warten auf Gerechtigkeit“ (1971) über kommunistische Säuberungen, ein anderes „Politik und Justiz in der DDR“ (1979) über politische Verfolgung 1945/68, ein drittes „Opposition und Widerstand in der DDR“ (1984). Da er immer objektiv und sachlich-zurückhaltend berichtete und als akkreditierter Journalist auch an SED-Parteitag teilnahm, hatte Erich Mielke kaum noch Möglichkeiten, ihm strafrechtliche „Verbrechen“ anzuheften.

Für seine Aufklärungsarbeit wurde er mehrfach ausgezeichnet, so 1996 mit der Ehrendoktorwürde der Freien Universität Berlin, 2001 mit dem Bundesverdienstkreuz, 2010 mit dem Hohenschönhausenpreis. Der einstige Fluchthelfer Burkhard Veigel stiftete 2017 den mit 20.000 Euro dotierten „Karl-Wilhelm-Fricke-Preis“, dessen erster Preisträger der Namensgeber selbst war.